

COVID-GESETZ nein

Gesetz diskriminiert
Ungeimpfte

Massenüberwachung!
mit umfassendem Contact Tracing

Finanzhilfen
gibt es auch ohne Covid-Gesetz!

Es brauchte 700 Jahre, um unsere Demokratie zu gestalten.

Es brauchte 1 Jahr, um sie zu demontieren.

Und jetzt braucht es 1 Stimme, um sie zu retten.

Am 13. Juni 2021 können wir dem Spuk der vergangenen 14 Monate ein Ende setzen.

Das [COVID-Gesetz](#) ist brandgefährlich für unsere Rechtssicherheit und unsere Demokratie. In den letzten Monaten wurde es bereits um mehrere Artikel 'bereichert':

- Art. 3a Diskriminierung Ungeimpfter
- Art. 3b umfassendes (und damit obligatorisches) Contact Tracing (Überwachung)
- Art. 6a Impf-, Test und Genesungsnachweise

Und diese Erweiterung kann ungehindert bis Ende 2031 weitergehen – denn so lange ist das Gesetz gültig!

Der Bundesrat fährt mit einer alternativlosen Drohkulisse auf:

Ohne COVID-Gesetz keine Entschädigungen für Unternehmer!

Diese Behauptung ist Unsinn. Denn die beste Hilfe für die geschädigten Unternehmen, ist die sofortige Beendigung der schädlichen Massnahmen und Verbote!

Ausserdem können die Entschädigungen für die vom Staat ausgebremste Wirtschaft leicht in einem separaten Gesetz geregelt werden. Dazu liegt bereits ein pfannenfertiger Vorstoss vor, den 20 Parlamentarier unterzeichnet haben. In der Sommersession kann er verabschiedet werden – mit etwas gutem Willen der Regierenden.

Und dies ist nicht die einzige Möglichkeit. Wird die Vorlage am 13. Juni 2021 vom Souverän versenkt, kann der Bundesrat selbst, gestützt auf Art. 185 Absatz 3 der Bundesverfassung, entsprechende Unterstützungsleistungen verordnen.

Es beweist: Das Argument, dass mit einem Nein zum COVID-Gesetz die Hilfgelder versiegen würden, sticht nicht. Es ist schlicht falsch und somit reine Angstpropaganda.

Lassen wir uns nicht weiterhin verunsichern.

Ein solidarisches NEIN am 13. Juni 2021

COVID-GESETZ
nein

Gesetz diskriminiert
Ungeimpfte

Massenüberwachung!
mit umfassendem Contact Tracing

Finanzhilfen
gibt es auch ohne Covid-Gesetz!

~~POLIZEISTAAT-
GESETZ (PMT)~~

13. JUNI

Nein!

Menschen mit anderer Meinung unter Generalverdacht!

Das Gesetz über 'Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus' (PMT) ist völlig unnötig, da der Staat bereits über genügend Instrumente zur Terrorkontrolle und – prävention verfügt.

Das wohl **Gefährlichste** an diesem Gesetz ist der **frei interpretierbare Begriff eines 'Gefährders'**. Um ein Gefährder zu sein, müsste man neu weder eine strafbare Handlung planen noch ausführen oder ein angehender Terrorist sein. Die Einschätzung, jemand verbreite - so steht es wortwörtlich im Gesetz - „Furcht und Schrecken“, reicht aus.

Die **Massnahmen im Gesetz, bis auf Hausarrest, werden nicht von einem Gericht, sondern von der Polizei auf blossen Verdacht hin angeordnet**. Das untergräbt das Prinzip der Gewaltenteilung auf krasse Weise: Denn ohne vorgängige Kontrolle durch ein Gericht ist die Polizei Richter und Henker zugleich. Der Willkür durch die Polizei sind also keine Grenzen gesetzt.

UNO-Sonderberichterstatter für Folter, Nils Melzer, sagt dazu: «Was die Schweiz dann noch von einem repressiven Polizeistaat trennt, ist unser Vertrauen auf den gesunden Menschenverstand der Behörden.» Und das hat ja in den letzten 14 Monaten mehr als nur gelitten...

Lassen wir uns nicht unter Generalverdacht stellen.

Ein solidarisches NEIN am 13. Juni 2021